Aufwärmen für die nächste Runde

Frauenfeld Mit 32 von 34 Stimmen bewilligt der Gemeinderat den Kredit für die weitere Planung der Stadtentlastung zwar deutlich. Doch damit herrscht keineswegs Einigkeit darüber, wie die städtische Verkehrspolitik aussehen soll.

Stefan Hilzinger
stefan.hilzinger@thurgauerzeitung.ch

Eine grosse Mehrheit des Frauenfelder Stadtparlaments will 600 000 Franken einsetzen, um die Projektierung einer Stadtentlastung weiter zu vertiefen. Zwei Jahre hat der Stadtrat nach dem positiven Entscheid am Mittwochabend nun Zeit, um gemeinsam mit dem Kanton die Sache voranzutreiben. Der Kanton will sich mit der gleichen Summe an den Arbeiten beteiligen.

Doch die Motive, welche die Gemeinderäte von rechts bis links – mit Ausnahme der beiden Grünen – letztlich zu einem Ja bewogen, sind so verschieden, wie die beiden Varianten, die im Zentrum der Betrachtung stehen: Soll die Frauenfelder Innenstadt nun mit einem zentrumsnahen Tunnel vom Verkehr entlastet werden? Das ist die Tunnelvariante 20. Oder genügen dazu niederschwellige Massnahmen auf den bestehenden Strassen, wie Tempo 30 und Einbahnregimes? Das ist die Variante «Null plus».

Kein Zaumzeug für den Stadtrat

Die Verfechter der Variante «Null plus» aus der Fraktion CH/GLP/Grüne äusserten mehrfach ihr Misstrauen darüber, ob der Stadt und Kanton ihre Variante mit der gleichen Sorgfalt abklären werde, wie die vom Stadtrat favorisierte Tunnelvariante 20. CH-Gemeinderätin Anita Bernhard Ott wollte namens CH/GLP mit drei Ergänzungsanträgen sicherstellen, das «Null plus» gebührend weiterverfolgt wird. Unter anderem hätten beiden Variante fix 35 Prozent der Kreditsumme zugeteilt werden müssen, über die Verwendung der restlichen 30 Prozent hätte ein unabhängiges Begleitgremium entscheiden sollen. Die Anträge unterlagen in den Abstimmungen deutlich. Stadtrat Urs Müller sah sich hier aus den eigenen politischen Reihen mit der Vertrauensfrage konfrontiert. «Diese Anträge greifen mir schon etwas stark ins operative Geschäft des Stadtrates ein», sagte der Departementsvorsteher Bau und Verkehr.

Chancenlos blieb der Antrag von Grünen-Gemeinderat Roman Fischer, mit 60 000 Franken vorerst lediglich «Null plus» weiterzuverfolgen, damit die Variante überhaupt ebenbürtig mit der Variante 20 weiterverfolgt werden könne.

Endlich ein Schritt in die richtige Richtung

«Mit der weiteren Projektierung geschieht endlich ein Schritt, und erst noch in die richtige Richtung», sagte Gemeinderat Philipp Geuggis für die FDP-Fraktion, die sich einstimmig hinter den Kreditantrag des Stadtrates stellte. Ähnlich tönte es aus der CVP/EVP- und der SVP/EDU-Fraktion. Deren Sprecher Robert Zahnd meinte mit Blick auf CH, GLP und Grüne: «Da Ihr die Tunnelvariante ohnehin nicht wollt, müsstet Ihr ehrlicherweise gegen den Kredit sein.» Gemeinderätin Bernhard Ott konterte in einem späteren Votum: «Die Variante ‹Null plus› erhielt in der Vernehmlassung 15 Prozent Zustimmung, obwohl sie dort gar nicht zur Diskussion stand.»

Nun ist es am Stadtrat, mit dem Kanton eine Projektorganisation aufzubauen. Der Auftrag lautet, die beiden Varianten bis Mitte 2020 vertieft abzuklären – als Grundlage für eine Volksabstimmung über einen Projektierungs- und Baukredit in der Stadt Frauenfeld im Jahr 2021.

«Diese Anträge greifen mir schon etwas gar stark ins operative Geschäft des Stadtrates ein. »

Urs Müller
Stadtrat Bau und Verkehr

Parkplätze bewegen mal wieder

Frauenfeld Einen Tag, nachdem der Stadtrat das Amt für Tiefbau und Verkehr beauftragt hatte, das Abstellplatz- und das Parkierungsreglement zu überarbeiten, reichten Anita Bernhard (CH) und Michael Pöll (Grüne) eine Motion betreffend «zeitgemässem Abstellplatzreglement» ein, worin sie unter anderem eine Obergrenze für die Zahl der zu erstellenden Parkplätze bei Neubauten fordern. Das war im Oktober 2018. Am Mittwochabend im Gemeinderat beteuerten die Motionäre, nichts vom Stadtratsbeschluss gewusst zu haben.

Einig war man sich durch alle Fraktionen, dass eine Überarbeitung des Abstellplatzreglements nötig sei. Weil der Stadtrat in dieser Sache schon aktiv geworden ist, erklärten die Fraktionen CVP/EVP, FDP und SVP/EDU die Motionen für nicht erheblich. Mit 22 gegen 12 Stimmen der Linken kam die Erheblichkeit nicht zustande. Es half nichts, dass Mitmotionär Pöll von der Situation in Zürich berichtete, wo ganze Tiefgaragengeschosse geschlossen respektive umgenutzt würden. Er regte an, den Verwendungszweck für die Spezialfinanzierung Parkierung zu öffnen. Pascal Frey (SP) listete mögliche Verwendungszwecke auf, vom Parkleitsystem bis zu überdachten Veloparkplätzen. Für die FDP wiederum gehen die von der Motion geforderten Einschränkungen zu weit, wie Michael Lerch sagte. Eine Deckelung sei ein Standortnachteil für Frauenfeld. Für Andres Storrer (SVP) ist es fraglich, ob der Verkehr reduziert wird, wenn die Parkplatzzahl bei Privaten noch oben begrenzt wird. Er verwies auf das Problem des Suchverkehrs. Für Christoph Regli (CVP) ist der Zeitpunkt der Motion der falsche. Er monierte den unnötigen Mehraufwand, der dem Stadtrat durch die Motion entstanden sei. Der Vorstoss sei wohl medienwirksam, aber nicht zweckmässig.

Mathias Frei
mathias.frei@thurgauerzeitung.ch